Diese Zeitung erscheint dreimal wöchentlich, und zwar: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends Abends.

Abonnements-Preis: Für Berlin incl. Bringerlohn vierteljährlich pränumerando 1 Rm. 95 Pf., monatlich 65 Pf., einzelne Nummern 10 Pf.; bei den Postämtern in Deutschland incl. Berlin 1 Rm. 60 Pf., frei in's Haus 2 Mark. Kreuzband-Abonnements pro Quartal u. Empfänger: Für Deutschland und Oesterreich 3 Rm. — Pf., Niederlande und Belgien 3 — 60, England und Frankreich 4 — 50, Amerika (Beide Staaten) 5 — 60. Bestellungen auf Kreuzband-Abonnements sind nur bei der Expedition aufzugeben und müssen pränumerando gezahlt werden.

Neuer Social-Demokrat.

Eigenthum der Lassalleaner.

Redaktion und Expedition: Berlin, Oranienstraße Nr. 8, 80. Bestellungen werden bei allen Postämtern, in Berlin bei der Expedition, sowie bei jedem Spektator entgegengenommen. Inserate (nur in der Expedition aufzugeben) werden pro langgehaltene Zeile mit 50 Pf. berechnet. Versammlungsannoncen die 5-gelohnte Zeile oder deren Raum 20 Pf. Sog. ununterbrochene Anzeigen werden nicht angenommen.

An unsere Abonnenten und Leser.

Wir ersuchen Diejenigen, die noch auf zwei Monate des Quartals abonnieren wollen, dies schleunigst zu thun. Jede Postanstalt in Deutschland, sowie alle Expeditionen unseres Blattes, nehmen Bestellungen entgegen. Preis pro 2 Monat bei der Post 1,07 Mark, oder 1 Mark 7 Pf. Die Redaktion und Expedition.

Inhalt.

Der Sklave soll frei sein. Politische Uebersicht: Zur Behandlung preussischer Reservatsoldaten. — Friedliche Kasernen. — Der „Bauernkrieg“ in Oesterreich. — Klassenkampf in England. — Monsieur Bernstein. — Zur Korruption. — Ein russischer Spiegel. Unsere Millionaire. Korrespondenzen: Hünfelden. — Bartholdsdorf. — Bormer. — Linden. — Hamburg. Die Moskauer Petition. (Schluß.) Der alte Schwindler an seinem Sohn. (Gedicht.) Vermischtes. Feuilleton: Die Affiliation der Pariser Schneider im Jahre 1848.

Der Sklave soll frei sein!

So ist ein Wort erklaert gar oftmals im Verlaufe vieler Jahrtausende; es war ein erhabenes, ein heiliges Wort, und doch wie oft ist dasselbe nicht verhohlet und gelästert worden; wie oft sind nicht jene, welche es aussprachen, geschmäht und verfolgt, erschlagen und gekreuzigt worden. Aber stets erkobte immer wieder der Ruf: „Der Sklave soll frei sein!“ Und endlich drang er durch mit starker Gewalt, kein Ohr konnte sich ihm mehr verschließen; das Rechtsgefühl war in der Menschheit erwacht, endlich erweckt worden, und es wollte nicht mehr dulden, daß der eine Theil der Menschheit gleich dem unvernünftigen Vieh das rechtlose Eigenthum des anderen Theiles sei, daß Leben und Gesundheit, Körper und Geist der großen Menge der Menschheit den Klüften und der Habgier einer kleinen Anzahl von Bevorrechteten „von Rechts wegen“ preisgegeben seien. Was Philosophen und Gelehrte gelangt, was Staatsmänner und Feldherren niedergeschlagen hatten, was Jahrtausende hindurch ein schönes Tragbild zu sein schien, zu dessen Verwirklichung die Menschheit nimmer sich aufschwingen konnte, das ist jetzt doch zur Wahrheit geworden nach unermüdeten Kämpfen und Ringen, nach unendlichen Opfern und riesenhafter Selbstarbeit — die Sklaverei, sie ist gefallen, und kein Schwertdarf es mehr wagen, sich als ein erworbenes Recht es anzumachen, den Mitmenschen in's Sklavensoch zu pressen. Die Gegenwart hat und einen anderen Freiheitsdrang gebracht, der nicht weniger verfolgt und dessen nicht minder gespottet wird, nämlich das Streben des arbeitenden Volkes nach Erlösung von den Fesseln, welche die heutige Produktionsweise ihm angelegt hat durch das eherner Lohngesetz, die Altmacht des Kapitals und die Ohnmacht des besitzlosen Proletariats. Wir, die wir, hingeworfen von diesem Freiheitsdrange die Lasterungen und Angriffe der Feinde aber uns ergehen lassen; wir können über all' dieses Ungemach lächelnd hinweggehen, wenn wir den Blick auf den herrlichen Sieg werfen, den der Menschengeist über das hartnäckigste aller Vorurtheile, über das Recht des Sklavenherren, erungen hat.

Die Association der Pariser Schneider im Jahre 1848.

Die Idee, die Lösung des sozialen Problems durch die Intervention des Staates herbeizuführen, gehört Louis Blanc an. Wenn man ihm einwandte, daß eine Gesellschaft nicht durch Dekrete verändert werden könne, so erwiderte er, daß die soziale Gesellschaft gleichfalls durch die Beschlüsse der ersten französischen Nationalversammlung umgestoßen worden sei. Außer Louis Blanc erwarbten noch die Communisten und fernere die Mitglieder der Montagne, welche die Traditionen des Convents fortpflanzten, alles Heil von Dekreten oder sogar von einer revolutionären Diktatur. Es war der größte Schritt zur männlichen Reife, als die Arbeiter-Associationen alle Ansprüche auf die Hälfte des Staates aufgaben (??) und jene soziale Reform als radical betrachteten, welche von dem Volke gezeugt, geboren sei und sich organisch und unwillkürlich entwickelt habe. Die Nationalversammlung selbst war anfänglich der Ansicht, daß der Staat das Problem des Proletariats aufnehmen müsse. Aus diesem Grunde ist es passend, Alles, was auf die Intervention des Staates in die Angelegenheiten der Arbeiter-Associationen Bezug hat, schon hier abzumachen, und hierzu gehört namentlich die von Louis Blanc begründete Schneider-Association, welche von allen Associationen am meisten die Aufmerksamkeit des Publikums auf sich gelenkt hat. Die Schneider hatten schon vor der Februar-Revolution am lautesten die Stimme erhoben und Reformen verlangt. Arbeiter und Meister waren in diesem Gewerbe auf gleiche Weise unzufrieden. Kein Gewerbe in Paris zählt so viele Arbeiter als das

War nicht der Uebermuth der Sklavenherren, welche allein den Staat lenkten, welche allein die Waffen führten, welche allein die Bildung für sich ausdünsten, welche stets in wohlgeschlossenen Reihen bestanden und bereit waren, Alles für ihre Klassenherrschaft einzusetzen, eine anscheinend unüberwindliche Mauer? — Und war nicht dies noch vielmehr der Fall mit der Freiheit der Sklaven, welchen die Furcht vor der Peitsche des Herrn von Jugend auf eingeprägt war, welche im Staate rechtlos, in den Waffen ungerüstet, jeder Bildung bar waren und bei jedem Versuche, ihr Joch abzuschütteln, uneins und schwankend den oft schon gesicherten Sieg aus der Hand gaben? — Wahrlich, wenn es eine ewige Wahrheit und ein Naturgesetz wäre, daß Klassenherrschaft und Ungleichheit unter den Menschen existieren müßten, wie dies so oft von gelehrten und wollenden Schwärmern behauptet wird, die Sklaverei wäre alsdann ganz gewiß das unerschütterliche Bollwerk gewesen, an dem alle Freiheits- und Gleichheitsbestrebungen hätten scheitern müssen. Eine wie mächtige Erhebung der verzweifelten Sklavenschaaren waren die Sklavenkriege des römischen Alterthums gewesen; wie leuchtend steht nicht der Name Spartacus in der Weltgeschichte da, und doch siegte die Gewalt und die Sklaverei! — Aufrechtig hatte das Christenthum an dem Fesseln der Sklaven gerüttelt, trotz Kreuzigung und Scheiterhaufen, und dennoch erstarrte die Knechtung des Menschen gerade wieder unter den Fittichen der Priesterhierarchie! — Wie die Freiheitskämpfe der Neuzeit entbrannten, und jenseits des Oceans die amerikanischen Krieger gegen die alten Mächte Europa's Republik und Menschenrechte erstritten, selbst da ward der Regersklave in Ketten geschlagen! — Babelisch, die Ketten der Sklaverei konnte man für undenkbar halten, und doch sind sie gebrochen; und selbst der Schandfleck der Kreuzigt, die Regersklaverei, ist als ihr letztes Bollwerk endlich dem Ansturm des siegreichen Freiheitsgeistes erlegen. Die Jahrtausende alte Form des Vorrechts der herrschenden Klasse ist jetzt für die Kulturvölker vollständig gebrochen. — Der Sklave ist frei!

Ist das nicht eine einbringliche Lehre für die Gegenwart und ihren sozialen Freiheitsdrang? — Auch wir haben ein Bollwerk einzuräumen, ein Bollwerk von Vorurtheilen und Herrschaftsgelüsten, welches die heutige Produktionsweise aufrecht erhält. Wir können, da dies Bollwerk weit weniger fest ist, als jenes, welches die Sklaverei umschleuderte, daher mit Siegeszuversicht handeln.

Der Mann der Arbeit ist kein Sklave mehr, aber er ist Proletarier! Der Proletarier wird nicht von einem Herrn dem anderen verkauft und mit der Peitsche zur Arbeit gezwungen, aber er muß sich selbst, das heißt, seine Arbeitskraft selbstverleihen und für Lohn verkaufen, und die Armut zwingt ihn, zu arbeiten, rastlos zu arbeiten für einen Lohn, der nur im Durchschnitt ausreicht, der Proletariatsfamilie das Leben zu erhalten. Wenn der Sklave durch einen unarmherzigen Herrn zu Tode gemartert werden konnte, dann stehen dem sogenannten freien Arbeiter, dem Proletarier, nicht weniger unarmherzige wirtschaftliche Verhältnisse und Krisen gegenüber, welche seine Familie zerstören und auf seinem Körper und Geist in verhängnisvoller Weise aufreibend einwirken.

Der materielle Nothstand der heutigen Gesellschaft ist demzufolge nicht geringer, als in den Zeiten der Sklaverei, und wenn damals das Wort gesprochen ward, „der Sklave soll frei sein“, dann rufen wir jetzt: „Proletarier, Du sollst frei sein!“ — Aber der geistige Nothstand, er ist in der Gesellschaft

Schneiderhandwerk. Es gab schon im Jahre 1848 gegen 18,000 Schneidergesellen in der Hauptstadt, die Lehrlinge nicht gerechnet. Außerdem ergab sich aus der offiziellen, industriellen Untersuchung, die im Jahre 1848 stattfand, daß beinahe 6000 Arbeiterinnen in diesem Gewerbe Beschäftigung fanden. Es handelte sich daher um ein Zwanzigstel der Pariser Bevölkerung, wenn man diese Profession herabzählt. In der That, wenn man nur zwei Personen für jeden Haushalt annimmt, sowohl für die 2017 Schneidermeister als für die Gesellen, so findet man, wie Cochet (dem wir die meisten Details über diese Affiliation verdanken) berechnet, daß mindestens 50,000 Personen in Paris von der Verfertigung und dem Verkauf von Kleidungsstücken leben. Die Februar-Revolution fand diese Handwerker in einer sehr traurigen Lage, und es ist notwendig, ein paar Worte über die Ursachen derselben hier einzuführen. Noch unter der Restauration gab es in Paris keine großen Kleidermagazine, in denen man fertige Kleider kaufen konnte. Die Kunden kauften das Tuch, das sie einem Schneider übergeben, der aus demselben das verlangte Kleidungsstück anfertigte. Unter der Herrschaft Louis Philipp's entstanden jedoch die großen Maisons de confection, welche noch jetzt in Paris bestehen, und welche schlechteres Tuch verwenden, geringeren Arbeitslohn zahlen, nur Paar-Verkäufe machen, auf diese Weise 50 pCt. billiger verkaufen können, als gewöhnliche Schneider, und bestmüthig einen hohen Gewinn realisieren. Zwei Drittel der Pariser Schneidergesellen arbeiteten für diese Maisons de confection, als die Februar-Revolution ausbrach. Dies hatte die Folge, daß die Schneidermeister von Paris mit Ausnahme von einigen wenigen Schneidern von Renommée keine Werkstätten hatten, und selbst die Letzteren hatten bloß einen Zuschneider und einen oder zwei Gesellen. Aber die große Majorität der Arbeiter dieses Gewerbes arbeitete zu Hause,

bereits gebrochen; unsere Arbeiter tragen keine Sklavenherren in der Brust; sie denken als freie Menschen, und wollen als Staatsbürger Freiheit und sociale Erlösung; sie legen selbst ihren Wert zu ihrer socialen Befreiung. Schon hat das allgemeine Wahlrecht den Volkswaffen gewährt werden müssen; man hat dadurch anerkannt, daß sie, die für den Staat die Waffen führen, die alle Klassen der Gesellschaft durch ihre Arbeit erhalten, im Staate gleich sind dem Reichsten und dem Gewaltigsten. Die sociale Befreiung der Arbeiterklasse wird daher einfach das Resultat davon sein, daß sie diese ihre schon theilweise anerkannte Gleichheit und Berechtigung zur Realisation des Gemeinwohls konsequent durchführen. Und daß auch der ärmste Proletarier dies thun wird, dafür bürgt uns der feilsche Geist des arbeitenden Volkes. Ja, Proletarier, Du wirst frei sein!

Politische Uebersicht.

Berlin, 9. Februar.

Die „Schleswig-Holsteinische Landeszeitung“ vom 4. Februar bringt unter der Aufschrift: „Einiges über die Zustände im 19. Jahrhundert an Bord St. Majestät Kasernenschiff „Gefion“ eine Schilderung der Behandlung preussischer Reservatsoldaten, die, wenn sie sich in ihrem ganzen Umfange bekundigen sollte, ein trübes Bild auf unsere „kulturhistorischen“ Verhältnisse werfen würde. Die „Schleswig-Holsteinische Landesztg.“ schreibt wörtlich: „Obgleich wir mit Schauern auf jene Zeit zurückblicken, in welcher die Inquisition und mit ihr im Vereine Folter und Tortur die Menschheit in Schrecken setzte, und zugleich der Segnungen der jetzigen Kulturzustände fernand, so kommen doch auch noch in unserer Zeit Strafen vor, welche dem gewungenen Zuschauer das Herz von Mitleid erweichen und ihm zugleich einen schlagenden Beweis für die schon mannichfach gerügte Behandlung des gemeinen Soldaten an die Hand geben.“

So wurden am 14. v. M. an Bord des Kasernenschiffes „Gefion“ zwei Matrosen wegen vorgekommener kleiner Unreinlichkeit von einem Offizier dazu verurtheilt, so gewaschen zu werden, „daß es zu sehen sei.“ Sofort wurden die nöthigen Vorkehrungen getroffen: in einen Eimer heißes Wasser that man Kochsalz und Soda, und mit dieser Mischung, der noch zur Würze ein tüchtiges Quatam scharfen Schweißandes beigegeben war, wurden diese beiden Menschen auf dem Längsseit des Kasernenschiffes liegenden Flosse bei einer Temperatur von höchstens + 4° Reaumur und bei entblößtem Oberkörper von je zweien ihrer eigenen Kameraden, denen im Weigerungsfalle unter Androhung der Arreststrafe dieses „Amt“ übertragen war, mittelst Bürsten und Biegelsteinen in einer Weise hergerichtet, daß sie möglicher Weise für lange Zeit verunzert unhergezeugen gezwungen sind. Da half kein Wein, ja kein Bräunlein unter den stärksten Schmerzen: die Haut mußte von Gesicht und Oberkörper geschuert werden, so daß das rohe Fleisch zu Tage trat. So zugerichtet, blieb ihnen nichts übrig, als die wunden Stellen auf Gesicht, Brust und Rücken mit Tüchern zu verbinden und am andern Morgen die Hälfte des Restes in Anspruch zu nehmen. Doch auch dies wurde ihnen verwehrt, und so mußten sie sich denn ohne Pinderung und in Erwartung der Folgen dieses besohlenen „Reinigungsmittels“ an Bord des Kasernenschiffes unter ihren Kameraden bewegen. —

*) Auf: Geschichte der französischen Arbeiter-Associationen von Sigmund Engländer.

ist es unter solchen Umständen zu verwundern, daß der Soldat gewohnt wird, seine Disziplin als Plage anzusehen und sich häufig derselben durch Desertion zu entziehen sucht? — Schaff man bessere Behandlung auch des gemeinen Soldaten und sorge man bei seinem Vorgehen dafür, daß dieselben ihn als „Mensch“ und nicht als „willenlose Maschine“, betrachten lernen, so wird Deutschland noch lange mit Stolz auf seine Marine und sein Heer herabzusehen können und in ihnen die kräftigsten Stützen des Vaterlandes finden.“

Soweit die „Landbesetzung“. Wir enthalten uns vorläufig noch jeden Kommentars zu dieser Affaire, indem wir doch noch den Glauben haben, daß die Sache sich etwas anders verhält, obwohl wir uns auf der andern Seite auch nicht sanguinischen Hoffnungen hingeben.

Friedliche Aussichten! — Die Zeitungen schreiben: „Bei Velfort wird auf der den ganzen Umkreis der Stadt beherrschenden, 674 m. über der Meereshöhe liegenden Höhe des „Salbert“ ein großes Fort erbaut. Eine neue, dahinführende Straße ist bereits fertig. Man nimmt an, daß das neue Fort der Schlüssel des ganzen Velforter Festungsgürtels werden wird. Auch eine Eisenbahn zu dieser Höhe wird angelegt.“

Der Wiener „Presse“ wird geschrieben: „Die wirtschaftliche Lage in Ränthen (Oesterreich) bietet ein trauriges Bild, welches täglich düsterer wird; das Wort „Bauernkrieg“ schwebt auf allen Lippen und die Arbeiterentlassungen bei unseren Montanwerken, welche früher mehr als ein Zehntel der Gesamtbevölkerung Arbeit und Verdienst gaben, nehmen immer größere Dimensionen an. Insbesondere bedrohlich ist die Lage unseres Bauernstandes; die kleineren Besitzer sind schon 1873 durch die Missernte an den Rand des Ruins gebracht worden, heuer müssen sie auf die spärliche Roggennernte darauf zahlen und für die landwirtschaftlichen Produkte finden sich trotz der niedrigsten Preise keine Käufer. Das Vieh, früher durch großartigen Export nach Deutschland, die einzige sichere Quelle der Einnahmen des Bauers, steht als freies Kapital im Stalle und es werden sich keine Käufer.“

Diese Schilderung zeigt uns, daß der Scheidungsprozess zwischen Besitzenden und Proletariern auch beim Ackerbau begonnen hat. Die kleinen Grundbesitzer vermögen sich nicht mehr zu erhalten, verkaufen noch und nach so viel von ihrem Grundeigentum, daß es sie nicht mehr ernährt — sie werden Proletarier und bilden das zweite Aufgebot der sozialistischen Armee.

Der Klassenkampf in England nimmt immer gewaltigere Dimensionen an. In der „Englischen Correspondenz“ lesen wir:

„London, 1. Februar. Traurig, sehr traurig sieht es von heute Morgen an in Wales aus. Die so lange gestrichelte und vorhergesagte Katastrophe ist wirklich eingetroffen; die Eigentümer aller Kohlenbergwerke und aller Eigentümer haben sämtliche Arbeiter entlassen, und in Monmouthshire, sowie in Glamorgan wird kein Pfund Kohle mehr geschürft und kein Loth Erz mehr in den Ofen geworfen. In diesen beiden Grafschaften befinden sich 450 Kohlenminen, welche an 70,000 Arbeiter beschäftigen, und 150 Eisenhämmer mit nahezu 30,000 Arbeitern. Die ersteren fördern jede Woche 350,000 Tonnen Kohlen zu Tage und verdienen dabei im Durchschnitt 100,000 Pfr., während der Lohn der letzteren an 40,000 Pfr. ausmacht. Hierzu kommen noch die Arbeiter in den Erzminen, welche auch an 10,000 Pfr. per Woche verdienen. Über 110,000 Arbeiter feiern daher in dieser Gegend und 150,000 Pfr. werden wöchentlich weniger daselbst verdient. Ein Theil der Leute erklärte sich mit der beabsichtigten Herabsetzung des Lohnes nicht einverstanden und organisierte einen Streik; die Meister erklärten, wenn jene nicht wieder zu ihrer Arbeit zurückkehrten, so würden sie eine allgemeine Ausschließung eintreten lassen, und da die Kohlenarbeiter bei ihrem Streik verharren, so wurde auch die Drohung wirklich ausgeführt. Wie es gewöhnlich im Leben vorkommt, so müssen auch hier die Unschuldigen mit den Schuldigen leiden, und die Eisenarbeiter, welche gerade bei ihren Werken geblieben wären, sehen sich nun im Winter ihrer ganzen Einnahmequelle beraubt. Die Handlungsweise der Eigentümer ist eine nicht zu rechtfertigende; wären sie in eine Zwangslage versetzt worden und hätten sie ihre Ofen anblasen müssen, weil die Kohlenarbeiter ihre Thätigkeit eingestellt hätten, so würde gewiß die allgemeine Sympathie sich ihnen zugewandt haben, allein da bloß ein Theil der Kohlenwerke nicht arbeiten, für die Dampfkessel jedoch genug Kohle produziert wurde, so kann man die Handlungsweise der „Herren“ nicht anders, als einen grausamen Zwang gegen die Arbeiter nennen. Sie wollen durch den Druck, den sie jetzt ausüben, im

kein Theil der französischen Arbeiter hat so viel über die sozialen Uebel gekümmelt, hat so viele, viele Stunden in den schwindelnden Abgrund geblickt, als die Schneider, welche von jeher in Frankreich dem Socialismus genügt waren. Es gelang den besonnenen Arbeitern, ihre Kameraden von jeder Demonstration, die zu Unruhen führen mußte, abzuhalten, und es wurde beschlossen, eine allgemeine Versammlung aller Schneider von Paris zusammen zu berufen. Diese Versammlung fand in einem Saale in einer der Vorstädte von Paris statt, und ungefähr 10,000 Schneider waren in derselben gegenwärtig. Es charakterisirt den französischen Arbeiterstand, daß man nicht etwa die Beschwerden der Profession, sondern die Leiden der Arbeiter im Allgemeinen discutirte. Man beschäftigte sich in mehreren Sitzungen mit der Theorie des Elends, man unterzucht, wie die Arbeit, die jetzt am niedrigsten in der Gesellschaft steht, die höchste Stufe erreichen und der König und Meister der Welt werden könne, und es war nur eine Antwort darauf: durch die Assoziation. Man discutirte hierauf alle Theorien. So viele Tausende von Arbeitern begriffen, daß ihre Einigung Resultate erzielen müsse, und daß ein Widerstand gegen das assoziirte Elend unmöglich sei. Glücklicherweise theilten auch die Meister in diesem Augenblicke die Leiden der Arbeiter, und auch sie hatten sich versammelt, um zu berathen, auf welche Art die Krisis beschworen werden könne. Noch mehr, die Fabrikanten der vorzüglichsten Städte in der Provinz hatten Abgeordnete nach Paris gesandt, um die provisorische Regierung zu bestimmen, es ihnen möglich zu machen, den Arbeitern Beschäftigung zu geben, weil die Arbeit in ganz Frankreich stille stand, was gerade so viel war, als ob der Verkauf in einem Körper stöcken würde. Durch die Meister und Fabrikanten gepreßt, erließ die provisorische Regierung das Dekret vom 3. März 1848, durch welches den Gemeinden die Verpflichtung auferlegt wurde, die Kosten der Kleidung der Nationalgardien zu tragen. Die Stadt Paris erhielt demnach die Verpflichtung, die Unifor-

Staube sein, ein für alle Mal zu zeigen, daß sie Herren der Situation sind und daß das Verlangen der Arbeiter, ihre Ansprüche von einem Schiedsgerichte entscheiden zu lassen, niemals bewilligt werden könne. Das unsagbare Elend, welches durch diese Handlungsweise hervorgerufen werden wird, kommt hierbei gar nicht in Betracht. Es sind nicht allein die Hunderttausende von Familien der Arbeiter, die durch das Vorgehen der Arbeitgeber brodblos werden, sondern der ganze kleine Gewerbebestand jener Gegend wird ruhmirt. Die Bäcker, Fleischer und Krämer, deren einziger Kunden die Arbeiter sind, können ihre Geschäfte schließen und sehen dem Bankrotte entgegen, wenn die Arbeits-einstellung einige Zeit andauert. Wie lange die Arbeiter auszuhalten im Stande sein werden, läßt sich schwer vorhersehen; ihre Gesparnisse sind nicht sehr bedeutend und aus der Verleumdung können sie nichts erhalten, da der Streik ohne Genehmigung des Centralausschusses angeordnet wurde; zudem wäre es eine reine Unmöglichkeit, diese Hunderttausende von Arbeitern aus der Kasse zu erhalten. Eine andere Frage ist es wieder, wie lange die Arbeitgeber in der Lage bleiben werden, ihre Werke feiern zu lassen; auch bei ihnen stehen große Kapitalien und wichtige Interessen an dem Spiele, nur spüren sie nicht, wie die Arbeiter, persönlich die traurigen Folgen. Auf dem Kohlenmarkt dürfte der Abgang von 250,000 Tonnen wöchentlich einen nicht unbedeutenden Einfluß ausüben und werden auch wir in London in dem erhöhten Preise für Kohlen von dem Zwiste in Wales zu leiden haben. Die Stimmung der Arbeiter ist eine gedrückte, aber vollständig ruhige; vorläufig ist auch nicht die geringste Spur von Aufregung sichtbar; allein wenn einmal die Noth in den Häusern sich bedenklich bemerkbar machen wird, wenn der Hunger mit starker Hand an die Thüren der Arbeiter zu pochen beginnen wird, dann dürften vielleicht jene industrireichen, dichtbevölkerten zwei Grafschaften der Schauplatz trauriger Vorkommnisse werden. Der Centralausschuß der vereinigten Bergwerksarbeiter hielt gestern eine geheime Sitzung in Manchester, aus welcher bloß bekannt wurde, daß die Lage in Wales auf das Wärmste der individualen Sympathie aller anderen Arbeiter in England empfohlen wird.“

Der Leitartikel der „Volkzeitung“, der Erziehungsbibliothekar Bernstein, vertritt wieder einmal ein geistliches Axiom an der deutschen Sprache. Derselbe beginnt seinen Leitartikel in der Sonnabend-Rummer der „Volkzeitung“ mit folgendem grammatikalischen und stilistischen Ungeheuerlichkeiten. Herr Bernstein faßt, wie folgt: „Die arms, arme Wissenschaft! Sie sucht immer und immer nach Wahrheit und geht doch, wie der neueste Faustbrief des Herrn Bischofs von Mainz sonnenklar beweist, mit völlig verschlossenen Augen dem alleinigen Naill vorüber, obwohl er so mächtig sprudelt, daß, da die große Kirche darin wie in einem gewaltigen Vadebusse wohlthig gleich den Fischlein herum schwimmt und so gewaltig die Stimme erhebt, daß alle Kirchenthüren davon dröhnen und alle Glocken es nachtönen, daß da die wirkliche wahre Wahrheit, d. s. Alpha und Omega sei und außer ihr bloß Zweifel walte, der zur Verzweiflung führt!“

Herr Bernstein, wahrhaftig, die Herrenarbeiten, die in Ihrer gewiß bekannter Unterquartier im „Kladderadatsch“ zeitweilig veröffentlicht, sind stilistische und grammatikalische Musterstücke gegen solches Geschreibsel! In der That, Lassaile hatte nur zu gut Recht, als er sie mit folgenden Worten charakterisirte: „Wer aber sollte sich z. B. dazu abemühen, die zugleich widerlichst und lehmigste Erklärung unserer Tage, die Berliner „Volkzeitung“ und deren Redakteur, Herrn Bernstein, zu charakterisiren, einen gewissen Leichtsinnigkeit, der in seinem Geschäfte die Letztere seiner Leichtsinnigkeit profitirt hat und damit die Bildung erlangt zu haben glaubt, die erwerbsfähig ist, um ein großes Volk zu führen? Ein Mann, der täglich über Gott und die Welt und noch vieles Andere Leitartikel schreibt und dies nur deshalb kann, weil er in seiner glücklichen Unwissenheit gar nicht ahnt, wie ihm auf jedem Schritt und Tritt alle Elemente schrien. Ein Mann, der nicht einmal dem! zu schreiben vermag, sondern durch ein eigenhämliches Kauderwelsch, das er setzen lassen mag, das sogenannte Fälschdeutsch — sein Sach ohne grammatikalische Fehler — dem Volke langsam und sicher sogar noch seine Sprache und deren Genius verdirbt. So schrie schon Lassaile.“

Wer gleichwohl glauben will, daß der Leitartikel unseres Erziehungsbibliothekars in Nr. 31 der „Volkzeitung“ unübertroffen dastünde. Herr Bernstein, wenn ein Schüler einer Volkshule in seinem deutschen Aufsatz Detarigtes schrieb, der Lehrer würde ihm das Fests um die Ohren schlagen. Was soll man aber mit Ihnen anfangen? Oder sollte vielleicht die Witterung der letzten Tage auf ihr Gehirn störend eingewirkt haben?

Wir stehen am Abgrund! Selbst die „Augsburger Allg. Zeitung“, die sonst unseren wirtschaftlichen Verhältnissen nichts Schwankendes und Unhaltbares sah, sondern Reiz mit rosigter Laune in die Zukunft blickte, schreibt bezüglich des Schwindelprozesses Dfenheim in Wien:

„Wir stehen am Abgrund! Selbst die „Augsburger Allg. Zeitung“, die sonst unseren wirtschaftlichen Verhältnissen nichts Schwankendes und Unhaltbares sah, sondern Reiz mit rosigter Laune in die Zukunft blickte, schreibt bezüglich des Schwindelprozesses Dfenheim in Wien: men für 100,000 Nationalgardien zu besorgen, und 300,000 Arbeiter Tuch wurden sofort bei den Fabrikanten von Sedan, Abbeville, Louviers, Limoux und Elbeuf bestellt, Schneidergesellen, welche hier von unterrichtet wurden, richteten hierauf folgende Petition an die provisorische Regierung:

„Die Schneiderarbeiter fordern von der Regierung, mit der Vereinfachung der Uniformen und Bekleider für die Nationalgarde beauftragt zu werden. Wenn sie wünschen, diese Bestellung zu erhalten, so geschieht dies, um allen ihren Brüdern, welche ohne Arbeit sind, zu Hilfe zu kommen, ohne daß hierbei irgend ein Mißbrauch möglich wäre. Die Abgeordneten der Korporation verpflichten sich, die Arbeitsprodukte gleich und brüderlich mit ihren Kameraden zu theilen, und sie würden Ihnen, falls Sie es wünschen sollten, alle Auskunft geben, welche Ihnen erforderlich scheinen sollte.“ Während die Meister, welche die kalte Hand des Elends nicht so schrecklich fühlten, wie die Arbeiter, die provisorische Regierung anjammerten und förmlich bestellten, lag in dieser Zustände der Arbeiter eine Würde und Einfachheit, welche dem Grade des Augenblicks angemessen war, und sie sprachen weniger von sich, als von ihren Kameraden, die ohne Arbeit waren. Die provisorische Regierung bewilligte ihre Forderung, und durch die Vermittelung der Regierung schloß die Maulzuplatz von Paris einen Vertrag mit den Schneidern ab, dem zu Folge die Letzteren sich verpflichteten, 100,000 Uniformen, je 400 des Tages, zum Preise von 10 Francs per Uniform und 3 Francs per Bekleid zu verfertigen. Ein zweiter Vertrag zu denselben Bedingungen wurde mit dem Minister des Innern abgeschlossen, dem zu Folge die Schneider sich verpflichteten, 10,180 Uniformen und Bekleider für die Mobilgarde zu liefern. Einige Tage nach Abschluß dieses Vertrages wurde das Schuldenverhältnis der Rue de Cligny, welches nach der Aufhebung des Schuldenarrestes durch die provisorische Regierung leer stand, der neuen Arbeiterassoziation zur Verfügung gestellt, und blauen Kraxem

„Es geht hier ein Ereigniß vor sich, welches in Wahrheit schicksalverhängend genannt werden kann. Der berühmte „industrialistische Aufschwung“ Oesterreichs steht vor Gericht, und mit dem Urtheil, das ihn trifft, wird auch das Urtheil über das, was Moral heißt, abgelesen werden. Die Sache ist von einem scharfsinnigen Ernst und es thut noth, die unabhängige Meinung des Ausland zu hören, da die hiesige Presse längst mehr oder minder vordrückt Partei ergriffen hat, und nur der „Figaro“ seinen blumensammandenen Hammer auf den Kopf der Mägel niederfallen läßt.“

Viktor von Dfenheim, Ritter von Pont-Verain, der schon in seinem Titel ein ganzes Decennium österreichischer Geschichte darstellt, hat es richtig dahin gebracht, mehr als eine aufgeblasene Person zu sein, nämlich ein Prinzip. Wird dieses Prinzip „unerschuldig“ erfaßt, so ist der „industrielle Aufschwung“ in seinem ganzen Ausdehnung bis in das kaum definirbare Extrem freigezogen. Wird es verurtheilt, so gesellt sich zu den 238 Wiener Bankrotten des Jahres 1874 der 239te, der moralische, ein Bekenntniß in Gold und Kasse. Das ist der durchschlagende Thellungsgrund in der öffentlichen Meinung; die Minderheit, welche den größten Arm erhebt, will nicht mit verdammtem, in Gegentheile mit rehabilitirt sein, Dfenheim ist ihr Held, Martyrer und Typus; die große Masse hat kein Urtheil als das des Einbruchs von Tag zu Tage und das der Presse und nur die Minderheit oder Mehrheit verhält ihr Haupt, nachdenklich und traurig. In der einen oder der andern Form nah ein dies irae (Tag der Rache).

Das Musterbild eines solchen „heiligtigen“ besseren Kopfes trat uns in Sr. Excellenz dem Geh. Rath Dr. Karl Siska entgegen, der den Augenblick seines Erscheins vor Gericht sehr läßt herbeigewünscht hatte, um sich nach oben, nach der Mitte, und nach unten zugleich zu rücken und — in den Augen aller ethischen Leute — für immer zu ruiniern. Der gewesene Minister Siska wußte längst, daß er nach oben hin für alle Zeit unmöglich geworden, daß ihn eine gewisse höchste Rechtschaffenheit gränzlich haßt — und er perhorrescirt das Ministersein in der verächtlichsten Weise! Herr Dr. Siska hatte bei Einleitung der Untersuchung mehrere schlaue Ränthe gehabt, da der Versuch von der Solidarität der Verwaltungsräthe mit dem Generaldirektor mangelte und von möglichen Anträgen des Untersuchungsrichters sprach. Als Herr Dr. Siska aufnahm, sah man ihn in den Korridoren des Abgeordnetensaales, Hand in Hand mit Reportern zweiter und dritter Klasse, Vorschlag auf die Meinungsfabrik legend. Generalverfassungen waren ihm nichts, die willkürlichsten Verfügungen über die bedeutendsten Summen nicht. „Das geht nicht anders in dem industriellen Aufschwung, den meine Regierung inaugurirt!“

Ob Dfenheim „Provision“ genommen hat? — seltsame Frage! Jeder Kellner nimmt ein „Trinkgeld“, jedes Dienstmädchen, jeder Advokat und Minister, folglich auch jeder Generaldirektor. Das ist österreichische Landessitte, besonders seitdem „meine“ Regierung den „industriellen Aufschwung“ in Scene setzte. Und dabei kokettirt die Excellenz mit Präsbium, Schworenem, ja mit der Gallerie, gleichsam ein Konvalescent nunc plaudite, civos (Seyt Knackst Bürger, mir Beifall zu) hervorstoßend. Es war der Freigläubige, der den römischen Bürger kommodirte. Der Verteidiger beging ein wahrhaftes à propos, als er diesen Jungen, einen nahe Verwandten des Angeklagten, einen stark „heiligtigen“ unter den „Grändern“, um ein Stimmengengnig über Dfenheim anging, welches Jüngling dann auch dem Vielverschwägerten die Ehrenkrone der Rechtsfertigung aufsetzte!

So wird denn hier ein Spiel getrieben mit Allem, was bis jetzt noch Ehrliebe, Rechtschaffenheit und Moral genannt wurde, ein Spiel, das je nach seinem Ausgang zum Markt oder Leichenstein österreichischer Entwidlung werden kann und muß. Nicht um das Individuum Dfenheim handelt es sich, es handelt sich um ein Prinzip, um das Blut in den Adern des Volkstörpers, um Auffischung oder gänzliche Zerstörung dessen, was einzig einer staatlichen Gesellschaft die Trüben verblüht. Kein Staat vermag ohne sanktionirte Sittlichkeit, ohne feststehende Grundsätze des gemeinsamen Lebens zu bestehen.

Doch es wird „fortgeändert“ und „fortgeschwindelt“. Après nous le deluge — Noch uns die Schuldthat, lautet die Parole der heutigen Gesellschaft.

Folgendes lesen wir in dem soeben herausgegebenen 3. Heft des zu London erscheinenden russischen sozialistischen Organs „Borwärts“ (Wpered):

„Philippens (ein bekanntes thätiges Mitglied des russischen höchsten Polizei- und Spionage-Institutes, der III. Abtheilung des Kaisers von Rußland eigener Kanzlei), als Philippens,

hatten sich 1500 Arbeiter in demselben festgesetzt, und mehr als 2000 Familien wurden von der Assoziation außerhalb dieser großen Werkstatt beschäftigt.

„Instinktmäßige und mysteriöse Poete der Revolution!“ ruft Andre Coset, der das Material zur Geschichte dieser Assoziation geliefert hat. „Dieser arbeitssame Bienenkorb in den traurigen Zellen eines Schuldgefängnisses wollte das nicht sagen: Auflösung des Elends durch die Arbeit?“ Die Arbeiterassoziation war einmal in's Leben getreten, sie war von der Regierung anerkannt, sie stand da, als eine mächtige Thatsache, als eine schlagende, plötzliche Widerlegung aller Einwürfe gegen die Möglichkeit der Arbeiterassoziationen, als eine Forderung, von der aus der Kampf für die Emanzipation des Arbeiterstandes beginnen sollte. Die Schneidermeister von Paris waren durchaus nicht feindlich gegen diese Assoziation gesinnt. Sie wußten sehr wohl, daß, wenn die Bestellung auf dem gewöhnlichen Wege von der Regierung angefordert worden wäre, dieselbe ohne Zweifel in die Hände der maisons de confection gefallen wäre, und daß sie selbst von derselben keinen Nutzen gezogen hätten. Die Meister boten daher der Assoziation ihren Kredit, ja ihr Geld an, um dieselbe zu unterstützen. Die Arbeiter hatten wohl die Lieferungsverträge und das Lokal, aber nicht die Geldmittel, um die Arbeiter beginnen zu können. Die Schneidermeister subscribirteten 11,600 Francs, welche sie der Assoziation als Geschenk outzogen. Die Assoziation nahm diese Summe jedoch bloß als ein Darlehen an, und sie hat dieselbe später gewissenhaft zurückbezahlt.

Die Schneiderassoziation war das erste große Beispiel der Arbeitervereinigungen. Allein es wäre ungerath, die erste Form derselben, wie sie in der Rue de Cligny antrat, als ein Modell der Assoziation hinstellen zu wollen, und erst die spätere Reorganisation der Schneiderassoziation machte den Anspruch, als ein Experiment einer neuen Theorie zu gelten. Die Assoziation der Rue de Cligny war nur eine Assoziation in dem Sinne, in wel-

der bekanntlich in der Aktienfälschungssache des Spions Kolesow verwickelt und dabei kompromittirt war, verbreitet jetzt das Gerücht, daß er seine Stellung bei der III. Abtheilung aufgibt und nach dem Auslande geht, um sich dort mit Zeitungsherausgabe zu beschäftigen.

Nach dem Philippus seine Stellung verließ — berichtet weiter das erwähnte Organ — wurde und mitgetheilt, daß derselbe in's Ausland geschickt wird zum Zwecke der Beobachtung der Entwicklung und Verbreitung der russischen Emigrantenpresse.

Nun erinnern wir uns aber, im Annoncentheil des „Klabberabatsch“, d. d. 22. November 1874, folgende Ankündigung gelesen zu haben:

„Handels- und Industrie-Anzeiger für Rußland. Im Laufe des Dezember d. J. beginnt die Herausgabe eines Wochenblattes, welches ausschließlich Annoncen enthalten wird. Die für das Blatt bestimmten Inserate aus verschiedenen Ländern werden in's Russische übersetzt und das Blatt, in Berlin gedruckt, wird in Rußland in Form einer Beilage zu den bedeutendsten russischen Zeitungen verbreitet.“

Weiter heißt es: „Laut Vertrag mit der Handlung des Herrn Rudolf Mosse in Berlin hat dieselbe übernommen und ist ihr das ausschließliche Recht übergeben, für das besagte Annoncen-Blatt Inserate entgegenzunehmen in den Grenzen des deutschen Reiches, der österreichischen Staaten und der Schweiz. — Berlin, im November 1874. Der Herausgeber: C. v. Philippus, Wendlerstraße 8.“

Der „Vollstaat“ bemerkt hierzu: „Ob dies wohl derselbe Herr Philippus sein mag? — Ohne diese Frage heute weiter erörtern zu wollen, warnen wir hiermit Jedermann vor dem, durch das Organ „Vorwärts“ gekennzeichneten, offenbar höchst gefährlichen Individuum, welches jedenfalls zu keinem anderen Zwecke sich in Deutschland herumtreibt, als zur Ausspionirung der des Socialismus verdächtigen russischen „Unterthanen“. Wir können uns übrigens erinnern, noch andere höchst „pikante“ Einzelheiten über diese Person in den früheren Hefen desselben russischen Organs gelesen zu haben, und werden wir gelegentlich darauf zurückkommen.“

* Wie viel Millionäre, einfache und mehrfache, jetzt hier in Berlin existenzfähig sind, geht aus einer Millionen-Statistik einer „berliner Zeitschrift“ hervor. Dieselbe schreibt: Wenn man nach der Einkommensteuer-Einschätzung von 1874 das eingeschätzte Einkommen mit 20 Kapitalist, so erhält man folgende Anzahl von Millionären. Mit je einer Million Thaler Vermögen 49, wovon 23 in Berlin; mit 1,300,000 Thaler 37, davon 10 in Berlin; mit 1,600,000 Thaler 24, davon 10 in Berlin; mit 2,000,000 Thaler 14, davon 5 in Berlin; mit 2,400,000 Thlr. 13, davon 7 in Berlin; mit 2,800,000 Thlr. 3, davon 2 in Berlin; mit 3,200,000 Thlr. 3, davon 2 in Berlin; mit 3,600,000 Thlr. 4, davon 2 in Berlin; mit 4,000,000 Thaler 2 in Berlin; mit 4,800,000 Thaler 10, davon 1 in Berlin; mit 5,200,000 Thlr. 2; mit 6,000,000 Thlr. 1 in Berlin; mit 7,600,000 1 in Berlin; mit 8,600,000 Thlr. 1 in Berlin; mit 10,000,000 Thlr. 1 in Opatz; mit 12,000,000 Thlr. 2, 1 in Berlin, 1 im Regierungsbezirk Wiesbaden; mit 14,000,000 Thaler 1 in Frankfurt a. M.; mit 33,600,000 Thaler 1 im Regierungsbezirk Düsseldorf. Die letzten beiden sind wohl Rothschild und Knapp. Von den aufgezählten 169 Millionären wohnen 68 in Berlin und 101 in den Provinzen.

Hinsierwalde, 7. Jan. (Berührung.) Am 5. Januar fanden aus Kirchhain vier Parteigenossen vor der Kriminalabtheilung des Königl. Kreisgerichts zu Luden, angeklagt, Beschauer, Ordner und Leiter eines politischen Zweigvereins des Allg. deutsch. Arb.-Verbands gewesen zu sein. Der Staatsanwalt beantragte gegen jeden 3 Wochen Gefängnis, der Gerichtshof reduzierte und erkannte auf 80 Mark Schadloshaltung im Unermögensfalle auf eine 10tägige Haft. Daraus sollte in demselben Termin noch gegen die Mitglieder des Allg. deutsch. Arb.-Verbands in Döbelitz, Emrich und Arnold, verhandelt werden. Emrich war jedoch nicht erschienen und so wurde auf Antrag des Staatsanwalts die Verhandlung vertagt die Emrich ausfindig gemacht sei. Außerdem wurde ferner wegen der Hinsierwalder Mitglieder des Allg. deutsch. A.-V.-Verbands Herold Arnold auf die Anklagebank gestellt. Der „Klabberabatsch“ schreibt darüber Folgendes: „In der öffentlichen Sitzung der Kriminalabtheilung des Königl. Kreisgerichts am 5. d. M. wurde gegen den Social-Demokraten Eigarrenmacher Arnold verhandelt. Arnold war angeklagt, gegen das Verbotgesetz verstoßen zu haben. Es handelte sich darum, ob der Arbeiterverein in Hinsierwalde, in welchem Arnold Vorsitzende aus Cassella's Schriften u. s. w. gehalten hatte, als ein selbstständiger Verein zu betrachten sei, oder ob die Mitglieder in Hinsierwalde dem Allg. deutsch. Arb.-Verband, zur Zeit in Bremen, angehören. Angeklagter, welcher mit großer Hast und vielem Eifer der Vorlesung der Anklageschrift folgte, suchte in längerer Rede

das Letztere zu beweisen. Die Königl. Staatsanwaltschaft stellte für das Gegenheil und beantragte die Bestrafung des Angeklagten mit vier Wochen Gefängnis. Der Gerichtshof schloß sich der Ausführung des Staatsanwalts an und verurtheilte den Angeklagten zu 14 Tagen Gefängnis; erkannte auch Schlichtmann des Arbeitervereins in Hinsierwalde. Die Bemerkung hierzu, daß Arnold gegen das Verbotgesetz verstoßen hat. — Zum Schluß wurde noch gegen den hiesigen Schuhmacherverein, welcher ebenfalls in Verbindung mit politischen Vereinen geschlossen haben soll, verhandelt. Es fanden Unterzeichner und Freund Heller auf der Anklagebank, jedoch erfolgte gänzliche Freisprechung, weil der Schuhmacherverein nur rein corporative Zwecke verfolgte. Carl Hoffmann.

Barkhadidors, 5. Februar. (Bericht.) Sonntag, den 31. Januar, fand hierseits eine Volksversammlung statt, welche von vielen auswärtigen Fremden besucht war. Vorsitzender war Oswald Köcher von hier. Der Vizepräsident war Magdeburger Jurist als Referent über den ersten Punkt des Tagesordnungs, die Interessen des Volkes und seine Vertreter, und er leitete denselben unter dem größten Beifall der Versammlung. Der Staatsanwalt Thiemann, welcher an Stelle Pichmann's erschienen war, referirte über den zweiten Punkt, die Berechtigung der beiden Parteien. Nachdem derselbe unter allgemeinem Beifall der Anwesenden die großen Rechte dargestellt hatte, welche diese Berechtigung in sich trage, und Herr Köcher, so wie die hiesigen Parteigenossen Oswald Köcher und Friedrich Körner einige beherzigenswerthe Worte an die Versammlungsgesellen gerichtet hatten, wurde folgende, von dem Referenten eingebrachte Resolution einstimmig angenommen und allen Parteigenossen zur gütlichen Beifügung empfohlen: Die heutige Volksversammlung beschließt: In Anbetracht der politischen und socialen Verhältnisse dahin wirken zu wollen, daß die Vereinigung der beiden social-demokratischen Fractionen auf centralistischen Grundsätzen beschleunigt herbeigeführt werde. Gustav Körner.

Barmen, 7. Februar. (Warnung.) Ich warne hiermit sämtliche Parteigenossen, bei dem Anhalten der Bildungsvorrede Friedrich Woll in Arbeit zu treten. Besagter Herr hat eine Arbeiterkrankenkasse gegründet, in die jeder Arbeiter außer den Einheitsbeiträgen von 10 Sgr. monatlich 7½ Sgr. bezahlen muß. Wird jedoch ein Arbeiter arbeitsunfähig, so erfolgt sofort seine Entlohnung. Die Spinner der Dammwollenspinneel.

Linden, 8. Januar. (Spinnererkette) Wegen Lokalbrennen erludigen Unterzeichneter, den Bezug streng fern zu halten. Die Spinner der Dammwollenspinneel.

Hamburg, im Januar. (Höllige Aufklärung in Betreff des Angelegens des Herrn Weigel.) Im Oktober und November d. J. fand die Strik der Eigarrenarbeiter in Holland, resp. Rotterdam statt. Die Herren Tschu und London und F. W. Freilich aus Berlin nahmen in dieser Angelegenheit in Norddeutschland am, um Propaganda für die Sache zu machen. Unter dieser Anregung bildete sich hier in Hamburg ein Strikcomité, welches Gelder im Betrage von ca. 20 Thalern einsammelte, und wurde mit der Befragung des Herrn C. Weigel beauftragt. Seit Ende November 1873 wartete die Eigarrenarbeiter Hamburgs und Umgebungs, welche zu diesem Strik Gelder beigetragen, um Aufklärung über den Zweck, ob Herr Weigel das Geld abgibt, oder nicht. Herr Weigel wurde von den damaligen Strikcomitémitgliedern Hoffmann, Philipp und Herzog mehrfach angefordert, ihnen die Umtauschung der abgehenden Gelder zu zeigen; er verweigerte es ihnen, indem er sagte, er hätte den Possiblen nicht bei sich. Da nun Weigel es den Comitémitgliedern und einzelnen Personen verweigerte, Rechenhaft zu geben, so wurde er in fünf aufeinander folgenden Eigarrenarbeiterversammlungen angefordert, Aufklärung zu bringen. Er fehlte jedoch beständig in jeder Versammlung. In der letzten Versammlung wurde eine Kommission, aus 3 Personen bestehend, ernannt, welche beauftragt war, sich die Umtauschung von Weigel zeigen zu lassen. Die Kommission legte sich am anderen Morgen zwischen 8 und 9 Uhr in die Wohnstube desselben, und theilte ihm den Zweck ihres Kommens mit; derselbe schloß sich nicht gemüthlich, das Bett zu verlassen, sondern wurde grab und meinte, so könnte ein Jeder kommen, wiewohl der Herr, weil sie mit solcher Antwort nicht zufrieden waren, das Zimmer. In der vierten Versammlung schickte der Herr, statt selber zu kommen, den Boten Herrn Schröder, welcher der Versammlung die freude Kunde brachte, daß Herr Weigel den Possiblen verweisen habe. Es wurde nun in dieser Versammlung das Bureau, aus drei Personen bestehend, ernannt, Ermittlungen bei den Possiblen einzuleiten, ob damals Gelder bei denselben direkt eingezahlt seien, wie die Angabe des Herrn Weigel lautete. Das Ergebnis war fruchtlos, weil auch der Name des Kassenhalters fehlte. Die Legende und nun zu Herrn Weigel, und erstreckte sich darauf, ob derselbe annehme, daß er das Geld in einem reformirten Brief eingezahlt habe, er wolle aber den Namen, sowie Wohnort des Kassenhalters nicht mehr. Daraus erhielten wir von Herrn Philipp die Adresse des damaligen Strikcomitémitgliedes Herrn Hartmann, Opplitzstraße, Rotterdam, welche wir der Oberprocurator übergeben, um die Hauptbücher nachzuschlagen zu lassen. Das Ergebnis war wiederum fruchtlos, da in der Zeit, in welcher Herr Weigel den Geldbrief abgab, kein deroziger Name in den Possiblen anzufinden ist. Dieses Resultat wurde der Eigarrenarbeiterversammlung vom 9. Januar mitgetheilt, und wurden wir von der Versammlung beauftragt, vorstehende Erklärungen einzuschicken, und ward sodann nachstehende Resolution einstimmig angenommen: „Die öffentliche Eigarrenarbeiterversammlung am 9. Januar erklärt, daß Herr Weigel in fünf aufeinander folgenden Versammlungen angefordert und nicht erschienen ist, und fordert dieselbe hierauf, innerhalb 4 Wochen das Beweismaterial vorzubringen, daß das Geld zu seiner richtigen Bestimmung gelangt sei, wridrigenfalls die Sache der Öffentlichkeit als Unterschlagung verurtheilt wird.“ G. Kottkamp, G. Barthele, J. Bettner.

Arbeiter, die Schneider, die schon im Jahre 1831 einen ersten Versuch der Assoziation in Ruente gemacht hatten, der jedoch wegen schlechter Ausführung ihres Gerant mißglückt war. Die Assoziation der Schneider kann als sein Werk betrachtet werden, sowie er auch später half, die Assoziation der Sattelmacher und der Spinner zu begründen. Die Schneider mußten daher den Träumen L. Blanc's nachgeben und die Gleichheit des Arbeitslohns annehmen.

Die Bourgeoisie wurde jedoch dadurch vom Beginne an gegen die Assoziationen entgegen, weil dieselben in einer communikativen Form auftraten, und weil man wußte, daß sie unter dem Einflusse L. Blanc's standen, der öffentlich im Luxemburg die Konkretheit als das Uebel der Gesellschaft hinstellte und die Liquidation aller Industrien durch den Staat und die Gleichheit des Arbeitslohns durch Dekrete proklamirte wollte. Die Arbeiterassoziationen haben sich später dem Einflusse L. Blanc's entzogen, und man kann daher diese erste Assoziation der Schneider nicht als eine Probe der Lehre von der Assoziation betrachten.

Keine der Assoziationen ist so sehr angefeindet worden, als die Assoziation der Schneider der Rue de Clugny. Nach der Annahme war es einer der ersten Schritte der Reaktion, die Verträge, welche der Staat und die Stadt Paris mit dieser Assoziation abgeschlossen hatten, zu kündigen und die Assoziation aufzulösen. Der Minister des Innern schickte den Polizeikommissar Poynoy nach dem Hôtel de Rue de Clugny, um eine Untersuchung darüber anzustellen, ob die Schneider an der Insurrection Theil genommen hatten. Der Bericht der Untersuchungskommission, welche die Nationalversammlung ernannt hatte, um die Ursachen der Januerevolution aufzufinden, und der drei starken Bänden veröffentlicht worden ist, enthält auch die Berichte dieses Polizeikommissars und des Polizeikommissars Bosset. Obgleich diese Kommission alle Mitglieder der Assoziation befragten und alle anderen ähnlichen Verbände vollständig abgedruckt sind, so fehlt doch

Die Moskische Petition.

(Schluß.) Die in vorstehendem Bescheide angezogenen §§ 37 und 29 der 3. Königl. Justizministerial-Verordnung vom 19. März 1874 in Bezug auf das Strafgesetzbuch bei Berlin vom 19. März 1874 in § 37.

Die Gefängnisstrafe sollen auf eine ihren Fähigkeit und Verhältnissen entsprechende Weise beschleunigt werden. Den Gefängnisstrafungen in der Einzelhaft, welchen nachgewiesen wird, daß sie zu befehligen, kann der Direktor die Befreiung überlassen, auch die Anfertigung wissenschaftlicher Arbeiten gestatten, inwieweit die Vorschriften des § 25 nicht entgegenstehen.“

§ 29. Die Befreiung ist für alle gefunden Gefangenen (sowohl nach der Menge als nach der Beschaffenheit durch die Befreiungsordnung in gleicher Weise geregelt. Bei der Befreiung der Last für jüdische Gefangene sollen Inzidenzen davon unberücksichtigt, deren Beruf ihren Religions-Grundsätzen wider ist.

Wegen Besonderezahlung von monatlich 15 Thalern die die zur Haft Bewertheten eine für sie besonders zubereitete feste Kost aus der Anstaltsküche beziehen. Eine gleiche Vergütung kann der Vorsteher den Gefängnisstrafungen gewähren, welche sich im Besitze der Ehrenrechte befinden. Dies wird sich in solchen Fällen beschleunigenden Gefangenen nur auf Basis des Reges verhalten.“

Diese Bestimmungen sind indessen nicht mehr ihrem vollen Umfang nach in Uebung. Während nämlich ursprünglich im Strafgesetzbuch an Wächter, wie in anderen Strafanstalten, nur zweierlei Kost — die gewöhnliche Gefangenen- und die Krankenkost — verabreicht wurde, ist die später noch die sogenannte Mittelkost eingeführt worden. Die Ermittelung der Ermögung, daß gerade das Gefängnis zur Befreiung einer Person beruht, denen nach ihrer Körperbeschaffenheit und Gesundheit die gute, oder schwere Gefangenenkost nicht ohne Schädigung ihrer Gesundheit auf die Dauer geboten werden kann, welche aber von der Selbstbefreiung aus Mangel an Mitteln oder anderen Gründen ausgeschlossen seien. Dem sollte die Verabreichung einer andern zubereiteten, leichteren sogenannten Mittelkost abstellen, welche — je nach dem ärztlichen Gutachten — in mehrfachen Abtheilungen gewährt wird und sich je bemerkt hat, daß seit ihrer Einführung die Selbstbefreiung überhaupt nicht zugelassen wird. Dieser Sachverhalt entspricht in einzelnen dem Befreiungsbefehl die Selbstbefreiung verleiht, andererseits aber auch sein Antrag auf Befreiung der freien Wahl seiner Befreiung nicht, wie die Petition angeht, deshalb, weil er sich nicht selbst verpflegen, sondern unabhängig davon aus den oben mitgetheilten Gründen abgelehnt worden.

Herr Mosch erklärt hierauf jede zulässige Berücksichtigung: es sind ihm alle möglichen Verbesserungen der Kost zugewendet; er hat eine Erwerbsfreiheit; er ist ihm Schreibmaterial zur Verfügung gestellt und erlaubt, in mit Stenographie, Schachspielen und sonstigen wissenschaftlichen Arbeiten zu beschäftigen, die hiesige Zeitung zu lesen; ihm ist nachgelassen, während der ganzen gewöhnlichen Arbeitszeit gewerbliche (Tastomager) zu betreiben zu verweihen, sondern nur ein einfaches Pensum täglich zu leisten; er trägt seine eigenen Kleider und befindet sich nach seinem Wunsch in Einzelhaft; es wurde ihm erlaubt, binnen 4 Wochen 6 Briefe und 3 Eingabe zu schreiben, 2 Besuche von seiner Frau und 5 Besuche von Parteigenossen zu empfangen.

Der Beschwerdeführer hat denn auch in einem an seine Familie gerichteten Briefe selbst anerkannt, daß er sich, abgesehen von dem Verlust seiner Freiheit, in der Anstalt selbst und geistig ganz wohl und sogar wohler befindet, als dies letzten im Zustande der Freiheit der Fall gewesen ist.“

Der Regierungskommissar hielt dafür, daß nach diesen thatsächlichen Aufstellungen der Petition eine weitere Folge nicht zu geben sei. Da es jedoch auf Entbindung von jeder Zwangsarbeit und freie Wahl der Beschäftigung und des Lebensorte gemäß § 17 des Strafgesetzbuchs nur dem in Freiheit befindlichen, und auch diesen nur unter Bewilligung zu während die zur Gefängnisstrafe Bewertheten sich nach § 16 a. a. O. ihren Fähigkeiten und Verhältnissen angemessenen Arbeiten gefallen lassen müssen und nach der Dienst- und Hausordnung an Wächter, sowie an gehalten werden sollen. Instruktion für die gerichtlichen Strafanstalten vom 24. Oktober 1873, § 23. Instruktion des Ministers des Innern vom 1. November 1871 in No. — Justiz-Min.-Bl. 1839 S. 270 ff. Justiz-Min.-Bl. 1851 S. 266) — als unangemessen sollte sich die dem Petenten zugewiesene Beschäftigung nicht bezeichnen.

Der Königl. Justizminister Herr Justizminister, gegen welchen sich die Beschwerde richtet, sei übrigens dieser schon deshalb nicht in der Lage gewesen, eine materielle Aufklärung in der Angelegenheit zu treffen, weil er mit Uebergehung des Königl. Kammergerichts, als der nicht in Befreiung über Befreiungen der Gefängnisstrafe-Kommission, angeordnet worden, mithin der Inanspruchnahme nicht erschießt gewesen ist.

Dahingegen möge endlich beider, ob es sich empfiehlt, die Behandlung der Gefangenen von der Kategorie der Beschwerdeführer durch besondere Bestimmungen allgemein zu regeln; der vorliegende Fall erschiene jedenfalls nicht geeignet, die Nothwendigkeit oder gar Dringlichkeit dieser Vorarbeiten zu erweisen.

Anfangs von zunächst die Vorfrage, ob der Inanspruchnahme zu was gewesen, bzw. thatsächlich gewahrt sei, wurde in der Kommission verhandelt, daß, inwieweit die Petition Schäden des öffentlichen Raus Sprache bringe, es der Beobachtung eines Inanspruchnehmens Abreall bedürfe, daß aber auch der Inanspruchnahme als gewahrt anzusehen ist, da seine Beschwerden dem preussischen Justizministerialverordnungen, fern also Veranlassung gegeben habe, etwa für begründet erachtet werden abzuheilen. Diese Auffassung fand in der Kommission ihr Widerspruch.

Zur Sache selbst führten zunächst die Herren Ueberwieser der Beaus, daß die Petition jedenfalls insofern ernstlicher Erwägung und Berücksichtigung werth sei, als sie dem Petenten nach einem Vertheil über die Strafverurteilung Ausdruck gebe. Daß ein solches Vertheil, als notwendige Ergänzung des Strafgesetzbuchs, recht bald in Stande komme, werde 191

in diesem Archive des Hasses gegen den Socialismus, in d. alle Angelegenheiten und Verleumdungen eingezzeichnet wurden, die Mittheilung dieser Verböde, weil die Polizeikommissare nicht der leichten Zweifel über die Nichtigkeitnahme der Arbeiter an der Insurrection hatten. Der Bericht der Polizeikommissare befiel sich daher auf andere Gründe, um die Auflösung der Assoziation zu beantragen. Es wird derselben als Verbrechen angerechnet, daß sie unter dem Einflusse L. Blanc's gestanden, — daß Mitglieder der Assoziation der Anstalt waren, die Assoziation dürfe keinen Chef, sondern bloß Abgeordnete für jeden Zweig der Verwaltung haben, welche keine Autorität über andere Assoziationen haben und keine besondere Bezahlung erhalten sollen — daß jedes Mitglied, was immer seine Fähigkeit sei, ob es auch eine Familie habe und deshalb mit größerer Energie arbeite, doch nicht einen höheren Lohn erhalten dürfe, als ein träger oder höhfnüchiger Junggeselle, und daß sie der Ansicht seien, daß zwei Francs in Beachtung dieser Grundsätze mehr werth seien, als sechs Francs, die man unter einem Meister mit Aufopferung seiner Würde als freier Bürger verdient.“

Diese iconische Kritik der Assoziation im Munde eines Polizeikommissars klingt schrecklich.

Es sieht gerade so aus, als wenn ein wissenschaftlicher Reisender in die Hände von Kanibalen fielen, die ihn bestaunen und untersuchen, bevor sie ihn verzehren, und seine Instrumente benutzten und nicht begreifen können. Ebenso sieht dieser Polizeikommissar vor der Assoziation, in der geschulte Arbeiter an hohen Gesülde der Bräderlichkeit freiwillig ihren Lohn erwidrigen, um nicht mehr zu genießen, als die Arbeiter.

Fortsetzung...

auf allen Seiten des Hauses gewünscht, und der bereits zur Vertheilung gelangte Antrag von Kämpf und Genossen erhebe dieses Ziel, dessen Erreichung freilich bei der Schwere der zu überwindenden Schwierigkeiten so bald erwartet werden könne, als es im Hinblick auf die oft wiederholten Uebertreibungen des demalstigen Zustandes erwünscht wäre. Es erhebe jedoch nicht unwahrscheinlich, daß die vom Reichstag zur Vertheilung der Justizgesetze in den nächsten Tagen zu wählende Kommission bei Vertheilung der Strafgesetze, insbesondere des Kapitels über Vollziehung der Urtheile auch die hier fragliche Materie in den Kreis ihrer Erweiterungen ziehen werde, weshalb sie der Erwägung der Kommission anheimstellen, ob es sich nicht empfiehlt, den hierauf bezüglichen Theil der Petition an die Justizkommission abzugeben.

Auf die speziellen Beschwerden, welche Petent bezüglich der ihm widerfahrenen Behandlung erhoben habe, überall einzugehen, seien sie außer Stande, weil ihnen die geeignete Information über die mitgetheilten Thatlagen fehle. Es ergebe sich jedoch aus den Mittheilungen der Regierungskommission, daß die von Reichstag des Reichstages Strafgesetzbuch in Preußen gegebenen Instruktionen noch heute in Kraft seien, während das neue Gesetz von völlig veränderten Grundsätzen ausgehe, und es daher erforderlich gewesen wäre, in diesem Geiste auch die Instruktionen und Befehlsanordnungen einer Revision zu unterziehen, und zwar erhebe dieses nicht nur in Preußen, sondern in allen deutschen Staaten, wo sie noch nicht erfolgt sei, geboten. Die vorliegende Petition möge dem Reichstage Veranlassung geben, darauf hinzuwirken, daß die erwähnte Revision baldigt vorgenommen werde.

Der Referent, welcher sich (zu I. der Petition) mit Ueberweisung derselben an die Justizkommission einverstanden erklärte, konstatierte zu II. der Petition zunächst, daß die Angaben des Petenten über den ihm bei seiner Ueberführung nach Biberach dort gewordenen Empfang und über den Inhalt des ihm auf seine Beschwerden erteilten Bescheides durch die Mittheilungen des Herrn Regierungskommissars widerlegt, bzw. berichtigt seien. Bei Prüfung der Beschwerdepunkte glaube er davon ausgehen zu müssen, daß es nur darauf ankomme, die Rechtsfrage zu unteruchen, ob die dem Petenten zu Theil gewordene Behandlung und die zur Anwendung gebrachten Instruktionen dem Reichsgesetz, dem Strafgesetzbuch entsprechen; inwieweit dagegen das Gesetz dem pflichtmäßigen Ermessen der Verwaltung freien Spielraum lasse, halte er es für bedenklich, das Verfahren der Verwaltung und die Angemessenheit der einzelnen Verfügungen hier einer Nachprüfung zu unterziehen.

Dem Standpunkt des Gesetzes sind nun zunächst die Klagen des Petenten darüber, daß seinen Eigenschaften als politischer Gefangener und als Reichstagsabgeordneter seitens der Anstaltsverwaltung nicht gehörig Rechnung getragen sei, durchaus ungerichtet. Das Strafgesetzbuch, insbesondere in der hier speziell in Betracht kommenden Art. 16, 180, 185, kenne keinen Unterschied zwischen politischen und anderen Vergehen, und nirgends sei dem Reichstagsabgeordneten als solchem bezüglich der Behandlung bei Vertheilung der ihm zuerkannten Strafen ein Vorrecht eingeräumt.

Was jedoch die Beschwerden des Petenten über Verletzung des Selbstbestimmungsrechts und Einschränkung in der Wahl seiner Vertreter betrifft, so enthalte das Str.-G.-B. keine einschlagenden Vorschriften. Was in diesen Bestimmungen der Strafvollziehung zu gestatten oder zu verbieten sei, habe den zuständigen Verwaltungsbehörden anzuordnen überlassen, und es sei daher auf diese Beschwerdepunkte hier nicht näher einzugehen.

Andererseits erhebe sich mit der gegen die Beschäftigung mit Zwangsarbeit gerichteten Beschwerde, der insofern die Begründung nicht abzusprechen sei, als diejenigen allgemeinen Grundsätze, auf Grund deren Petent zur Leistung von Handarbeit angehalten worden sei, mit dem Strafgesetzbuch allerdings nicht im Einklang stehen. Es ergebe sich das aus Folgendem:

Der § 16 des Str.-G.-B. lautet im Absatz 2: Die zur Gefängnißstrafe Verurtheilten können in einer Gefängnißanstalt auf eine ihnen fähigsten und Verhältnissen angemessene Weise beschäftigt werden; auf ihr Verlangen ist in dieser Weise zu beschäftigen.

Diese Fassung sei in der letzten Fassung des Gesetzes auf Antrag von Lasker und Genossen angenommen worden, während der Entwurf (§ 14) gelaute habe: Die zur Gefängnißstrafe Verurtheilten sind in der Gefängnißanstalt auf eine ihnen fähigsten und Verhältnissen angemessene Weise zu beschäftigen.

Vergleiche man diese beiden Fassungen des Gesetzes miteinander, sowie mit dem vorhergehenden, die Beschäftigung der Inhaftirten betreffende Artikel, so werde nicht wohl zu bezweifeln sein, daß der Entwurf auch bei Gefängnißstraflingen die Zwangsarbeit wollte, und nur die Art und Weise der zwangsweisen Beschäftigung von den Fähigkeiten und Verhältnissen des Verurtheilten abhängig machte, daß jedoch das Gesetz in seiner in der letzten Fassung angenommenen Fassung nicht nur die Frage, wie, sondern auch die Frage, ob überhaupt der Verurtheilte zwangsweise zu beschäftigen sei, von den Fähigkeiten und Verhältnissen desselben abhängig machen wollte. Der Gefängnißstrafling stehe also bezüglich der Zwangsarbeit insofern günstiger, als der Inhaftirte, als dieser unter allen Umständen zu den in der Strafanstalt eingeführten Arbeiten angehalten werde, jeher oder nur, wenn und inwieweit solche Arbeit seiner Individualität entspreche.

Wenn nun nach dem oben mitgetheilten § 37 der Hausordnung vom 19. März 1872 in Uebereinstimmung mit den allgemeinen Vorschriften in § 29 der Instruktion für die gerichtlichen Gefängnißanstalten vom 24. Oktober 1867 und der pos. 5 c. der Instruktion des Ministers des Innern vom 1. November 1861 aus den Gefängnißstraflingen, welchen nachgelassen werde, sich selbst zu beschäftigen, die Wahl der Beschäftigung überlassen werden dürfe, so werde hierdurch die ganze Kategorie derjenigen Straflinge, welche Aramittellos oder aus sonstigen Gründen außer Stande seien, sich selbst zu beschäftigen, der milderen Bestimmung des § 16 cit.

entzogen und in derselben Weise dem Zwangsarbeit unterworfen, wie es geschehen würde, wenn der obligatorisch gefasste § 14 des ersten Entwurfs nicht durch den nur fakultativ gefassten § 16 des Str.-G.-B. ersetzt worden wäre.

Die erwähnten Bestimmungen, welche für die preussischen Gefängnisse Geltung haben, seien hiernach mit dem Willen und dem humanen Geist des Reichstagesgesetzes nicht im Einklang, und es sei Aufgabe des Reichstages, dahin zu wirken, daß dieselben baldigt außer Kraft gesetzt würden.

Referent beantragte, die Petition zu I. an die Justizkommission zu überweisen, zu II. den Herrn Reichskanzler anzusprechen, daß die preussischen Regierung dahin zu wirken, daß die oben erwähnten Bestimmungen, als mit dem § 16 Absatz 2 des Str.-G.-B. im Widerspruch stehend, beseitigt würden.

Der Referent widersprach diesem Antrag. Er führte aus, der § 16 Abs. 2 Str.-G.-B. stelle nur ein allgemeines Prinzip auf, lasse aber für Anwendung und Ausführung des Prinzips den einzelnen Verwaltungsbehörden völlig freien Spielraum, so daß ein Widerspruch der erwähnten administrativen Anordnungen mit dem Gesetz nicht nachweisbar sei. Und wenn er auch mit Rücksicht auf die Eigenschaft des Petenten als eines Reichstagsabgeordneten nicht abgeneigt sei, in eine Prüfung der Frage einzutreten, ob die demselben widerfahrenen Behandlung etwas als unangemessen erscheine, so vermage er doch auch von diesem Standpunkt aus eine begründete Beschwerde des Petenten nirgends zu erblicken; insbesondere vermage er es nicht für absolut unangemessen zu halten, wenn Petent, welcher die Unbilligkeit erkannt habe, in der Anstalt mit Handarbeit beschäftigt worden sei. Er beantrage daher:

in Erwägung, daß in der Petition eine Verletzung der derzeit in den Reichsgesetzen über den Vollzug der Gefängnißstrafen getroffenen Bestimmungen des § 16 Str.-G.-B. nicht dargelegt ist, daß im Uebrigen die Frage des Erlasses einer Gefängnißstrafe für das gesammte Reich am geeignetsten bei Vertheilung des Entwurfs der Justizgesetze zur Erörterung komme, die Petition für nicht geeignet zur Erörterung im Plenum zu erklären.

Von Seiten eines Mitgliedes der Kommission wurde hiernach, unter Bezugnahme auf die Ausführungen des Abg. Dr. Lasker, der Antrag gestellt: zu I. der Petition dieselbe durch Vermittelung des Herrn Präsidenten an die Justizkommission zu überweisen; zu II. dieselbe dem Herrn Reichskanzler mit der Aufforderung zu überweisen, dahin zu wirken, daß in denjenigen Bundesstaaten, in welchen die Strafvollziehung und das Gefängnißwesen bislang nicht durch das Gesetz geregelt ist, insbesondere im Königreich Preußen, von den Bundesregierungen schleunigst der Strafvollzug und das Gefängnißwesen in einer Weise geordnet wird, daß dadurch der Vollzug der Strafen, namentlich der Gefängnißstrafen, im Sinne des Strafgesetzbuchs, insbesondere des § 16 desselben, sichergestellt werde.

In der Diskussion über diese Anträge wurde von einem Mitgliede der Kommission hervorgehoben, daß nach Mittheilung der Regierungskommission einseitig dem Petenten die freie Wahl der Beschäftigung unter Zugunahme auf den § 37 der Hausordnung, welcher die Verbindung der Selbstbestimmung ausstelle, verlangt worden sei, während andererseits in der fraglichen Strafanstalt die Selbstbestimmung überhaupt nicht mehr zugelassen werde. Thatsächlich sei hierdurch der Petent — von der Beschäftigung, seine eigenen Arbeiter zu tragen, abgesehen — nahezu derselben Behandlung unterworfen, wie ein Inhaftirter. Jedemfalls sei es nicht zu billigen, daß Petent zur Verbüßung seiner Strafe einer Anstalt zugewiesen worden sei, in welcher die Selbstbestimmung rechtlich und thatsächlich ausgeschlossen sei.

Diese Ausführungen widersprach der Herr Regierungskommissar. Daß der § 37 der Hausordnung, inwieweit er die Wahl der Beschäftigung von der Selbstbestimmung abhängig mache, nicht mehr in Übung stehe, sei bereits oben von ihm dargelegt. Andererseits sei die Behandlung, wie sie der Petent erfahre, sicher nicht die eines Inhaftirten. Die Letzteren würden stets zu den in der Anstalt eingeführten Arbeiten angehalten, gleichwohl ob dieselben der festeren Lebensstellung und Beschäftigung des Straflings entsprechen oder nicht; während die Gefängnißstraflinge nur auf angemessene Beschäftigung Anspruch haben. Diese Bestimmung sei dem Petenten gegenüber nicht verletzt, wie ihm außerdem auch alle mit der Hausordnung verträgliche Erleichterung zugewendet sei.

Nachdem nun ein Mitglied der Kommission zu Gunsten des vom Referenten gestellten Antrages gesprochen, und namentlich im Näheren ausgeführt hatte, daß nach den Erklärungen des Herrn Regierungskommissars dem Petenten die ihm zu Theil gewordene Behandlung in keiner Hinsicht zur Beschwerde gereiche, wurde zur Abstimmung geschritten.

Nachdem bezüglich des allgemeinen Theils der Petition beschlossen worden, dieselbe durch Vermittelung des Herrn Präsidenten an die Justizkommission zu überweisen, wurde zu II. der Petition der Antrag des Referenten abgelehnt, dagegen beschlossen, zu beantragen:

Der Reichstag wolle beschließen, die Petition dem Herrn Reichskanzler mit der Aufforderung zu überweisen, dahin zu wirken, daß in denjenigen Bundesstaaten, in welchen die Strafvollziehung bislang nicht durch das Gesetz geregelt ist, insbesondere im Königreich Preußen, von den Bundesregierungen schleunigst der Strafvollzug und das Gefängnißwesen in einer Weise geordnet wird, daß dadurch der Vollzug der Strafen, namentlich der Gefängnißstrafen, im Sinne des Strafgesetzbuchs, insbesondere des § 16 desselben, sichergestellt wird; den Herrn Reichskanzler ferner zu ersuchen, bei der königlich

preussischen Regierung dahin zu wirken, daß der § 26 der Instruktion vom 24. Oktober 1867, der Justizministerialerlass vom 24. November 1861 (S. 6.) und § 37 der Hausordnung für das Strafgesetzbuch bei Vertheilung des Entwurfs des § 16 Abs. 2 des Strafgesetzbuchs in Widerspruch stehend beseitigt werden.

Der alte Schwindler an seinen Sohn.
„Neh' immer Leen und Redlichkeit!
Dabei kommt nichts heraus,
Doch Schwindel thätig jedermal,
Dann laßt du alle aus.
Dann kommst du bei Pöbeln kau'n
Und Bissen, wunderlich,
Dann kommst du ohne Furcht und Graun
Zum Bismarckspiel geh'n.
Dann läßt du Dirner und Lakai'n
Hab eine Kasse viel,
Dann reichst du Millionen ein,
Als wär's ein Kinderpiel.
Dem Biedermann wird Alles schwer,
Er thut, was er thut,
Die Kasse bleibt ihm immer leer,
Und sein Bräut' lach' ihn der Schach.
D'rum fort mit Leen' und Redlichkeit!
Dabei kommt nichts heraus,
Doch Schwindel thätig jedermal,
So laßt du alle aus!

Durch die Expedition des „Neuen Social-Demokrat“ sind folgende Broschüren zu beziehen: (Reichswährung.)
Lassalle: Offenes Antwortschreiben . . . 6 Pf.
„ Arbeiter-Lesebuch . . . 13 „
„ Arbeiter-Programm . . . 8 „
„ Ronsdorfer Rede . . . 8 „
„ Bismarck-Schulze . . . 45 „
„ Wissenschaft und Arbeiter . . . 10 „
Lassalle: Feste und Presse . . . 10 Pf.
„ Kleinere Aufsätze . . . 20 „
„ Indirekte Steuern . . . 23 „
„ Arbeiter Berlin . . . 5 „
„ Julius Schmidt . . . 65 „
Der Prozeß wider Ferdinand Lassalle von der korrekturellen Appellkammer zu Düsseldorf am 27. Juni 1864 . . . 10 „
Fremdwörterbuch des „Volksstaat“: gebunden . . . 60 „
„ broschirt . . . 45 „
Bauernkriege von Fr. Engels . . . 45 „
H.-G. des Wissens von Dr. Deunay . . . 13 „
Unsere Ziele von Behel . . . 23 „
Grund- und Bodenfrage von W. Liebknecht . . . 50 „
Kalender pro 1875 des „Neuen Social-Demokrat“, pr. Stück . . . 40 „
Marx'sche von J. Adorf, pr. 100 Stück . . . 1 Mark.
Bei Abnahme von 50 Exemplaren tritt bei den Kalendern 33 1/2 pCt. Rabatt ein.
Die hier notirten Preise sind nur bei Abnahme von größerer Quantität von jeder Sorte.
Bei einzelnen Exemplaren tritt eine verhältnismäßige Preis-erhöhung ein.
Bestellungen auf einzelne Exemplare der hier notirten Broschüren, versenden wir nur gegen Einsendung des Kreuzbandporto's.
Wir machen noch besonders darauf aufmerksam, daß nach der neuesten Postordnung Druckfachen bis zum Kilogramm (2 Pfund) Gewicht unter Kreuzband versandt werden können. Es empfiehlt sich also, bei kleineren Bestellungen unter 2 Pfund 30 Pf. Porto beizufügen für die Franchirung unter Kreuzband.

Briefkasten.
Annahme Einsendungen, Anfragen u. s. w. können nicht berücksichtigt werden.
In der Nummer von Nr. 16 von Frau Maria Bremer muß es nicht heißen Rathenunspforte 48, sondern Rathenunspforte 48.

Annoucen.

Berlin.
Öffentliche Versammlungen:
Dienstag, den 9. Febr., Abends 8 1/2 Uhr,
im Lokal des Herrn. Pöbel, Mollatstr. 26.
Referent: A. Käfer.
Donnerstag, den 11. Febr., Abends 8 1/2 Uhr,
im Lokal des Herrn. Pöbel, Mollatstr. 14/15.
Ref.: A. Käfer.
Jedermann hat freien Zutritt.
Für zahlreichem Besuch der Versammlungen muß geforgt werden. [2,40]

Berlin. Mittwoch, den 10. Februar,
Abends 8 Uhr,
im Lokal des Herrn. Pöbel, Mollatstr. 31.
Mitglieder-Versammlung
des Pöbel-Clubs.
Tagesordn.: Vortrag: Verchiedenes. [1,20]

Berlin. Sonnabend, den 13. Febr.,
im „Deutschen Kaiser“, Ledergasse 37,
Stiftungsfest
des Berliner Pöbel-Clubs.
Großer Ball.
Festred, gehalten von Herrn. Schöder.
Billets sind zu haben bei Händl. Joachim-
straße 8; Abram, Brunnstr. 139; J. Winkler-
mann; Rangler, Brunnstr. 118a; Boller,
Pöbelstr. 10; Ulrich, N. Alexanderstr. 7a,
sowie auch an der Kasse.
Billets für einen Herrn nebst Damen
7 1/2 Sgr.; einzelne Damenbillets 4 1/2 Sgr.
Alle Parteigenossen werden freundlichst
eingeladen. [3,60]

Hamburg. Freitag, den 12. Febr.,
Abends 8 1/2 Uhr,
im Stadl's, früherer Käfer's Salon,
Gemeinschaftliche
Geschlossene Mitglieder-Versammlung
des Allg. deutschen Arb.-Vereins
und
Social-demokr. Arb.-Vereins.
Tagesordn.: Tagesordn. [2,20]

Berlin. Sonnabend, den 13. Februar,
im Wolterdorff Theater-Restaur.,
Chausseestrasse 26,
Gr. Fastnachts-Ball,
veranstaltet
von den Mitgliedern der Kranken-Unter-
stützungsgesellschaft der Maschinenbauer.
Eröffnung Abends 8 Uhr. Anfang 9 Uhr.
Ende Morgens 4 Uhr.
Billets für Herren 7 1/2, Damen 5 Sgr.
Von 12 bis 1 Uhr:
Paufe,
welche durch Gesang der beliebtesten Wolter-
dorff-Lieder angefüllt wird.
Nach der Paufe:
Großer Triumphzug
mit Schustertableau
bei beweglicher Beleuchtung und Volksmusik.
(Korrigiert von E. Scher.)
Hierzu ladet alle Kollegen und Freunde ein
und ein schönes Amusement verspricht
Das Comité. [5,00]

Berlin. Donnerstag, den 11. Februar,
Abends 8 Uhr,
Sophtenstr. 15,
Geschl. Mitglieder-Versammlung
d. Allg. Tischler- (Schreiner-) Vereins.
Tagesordn.: Abrechnung vom Januar.
Der Antrag Herold's gegen Richter und
E. Richter. Verchiedenes. Schütt. [1,50]

Hamburg. Sonnabend, 13. Febr.,
Abends 8 1/2 Uhr,
im Salon zum Roland, 1. Julestr. 19,
Geschlossene Mitglieder-Versammlung
des Nordmänner-Bundes
Hamburg-Altona-Ottensen.
D. Röllker.
NB. Ich ersuche die Vorstandsmitglieder,
Donnerstag, den 11. Febr., Abends 8 1/2 Uhr,
im Salon zum Roland, 1. Julestr. 19,
zu erscheinen. D. O. [2,60]

Hamburg. Sonntag, 14. Febr.,
Vorm. 11 Uhr,
beim Gastwirth Reier, Steinstr. 64,
Geschlossene Versammlung
des Verbandes der Maurer, Bau-
Arbeiter-Arbeitsleute.
Tagesordn.: Innere Vereinsangelegenheiten.
3. Schütt. [1,80]

Hamburg. Donnerstag, 11. Februar,
Abends 8 1/2 Uhr,
in Käfer's Salon, Valentinstag 41,
Geschl. Mitglieder-Versammlung
d. Arb.-Frauen- u. Mädchen-Vereins.
Tagesordn.: Monatliche Abrechnung und
Verchiedenes. Frau Jelska. [2,00]
Die Vergütungsgesamtheitsmitglieder werden
ersucht, Mittwoch, Abends 7 Uhr, bei Frau
Kuch, Breitergang 15, 2. Etage, zu erscheinen.

Altona. Montag, den 15. Febr.,
Abends präcise 8 Uhr,
im Englischen Garten,
Großes
Concert und Ball,
unter Mitwirkung mehrerer Liedertafeln
verbunden mit
deklamatorischen Vorträgen.
Sauföffnung 7 Uhr.
Karten, für Herr und Dame, à 4 Schll.,
sind an allen bekannten Verkaufsstellen zu
haben. — Die Karten an der Kasse sollen
6 Schll.
Zu einer regen Theilnahme ladet ein
Das Comité. [3,40]

Altona-Ottensen. Freitag, 12. Febr.,
Abends 7 1/2 Uhr,
in der Mauerherberge in Altona,
Geschl. Mitglieder-Versammlung
des Allg. deutsch. Maurer- und
Steinbauer-Bundes.
Tagesordn.: Berichtsangelegenheiten.
Die Mitglieder, welche in der letzten Ver-
sammlung in Ottensen waren, werden auf-
gefordert, zu erscheinen. A. Neumann. [2,20]

Ottensen. Mittwoch, den 10. Febr.,
Abends 8 1/2 Uhr,
in Burmeister's Salon,
Große
Volksversammlung.
Tagesordn.: Vortrag des Herrn. Köhler und
Damen. Verchiedenes.
G. Dieblich. [1,80]

Barmbed. Sonntag, den 14. Febr.,
Morgens 11 Uhr,
bei Herrn. Schulz in Barmbed am Markt,
Volksversammlung.
Referent und Tagesordnung in nächster
Announce. E. Smet. [1,40]

Dresden. Sonnabend, 13. Febr.,
Abends 8 Uhr,
in der Conversation am See 35,
Öffentl. Mitglieder-Versammlung
des Allg. deutsch. Arbeiter-Vereins.
Tagesordn.: Die Reichsheit und die Ge-
schichte. — Referent: Herr. Dienert.
Die Parteigenossen mögen für die größte
Verbreitung Sorge tragen.
B. Neumann. [2,00]

In unserem Verlage ist erschienen und durch
alle Buchhandlungen, sowie durch die Expe-
dition der Parteiblätter zu beziehen:
Die Forderungen des
Socialismus
an Zukunft u. Gegenwart.
Eine Schrift zur Vertheidigung und
zum Angriff von
Bruno Geiser,
Redacteur des „Zeitgeist“.
64 Seiten Oktav. Preis 4 Mark oder 18 Kr.
Wiederverkäufer erhalten entsprechenden
Rabatt und auf je 10 festbestellte Exem-
plare ein Freyexemplar. [10,00]
München. Rottmann u. Co.
Buchhandl. Verlag d. „Zeitgeist“.

Neunter Schleswig-Holstein'scher
Wahlkreis.
Sonnabend, 13. Febr., Abends 8 Uhr,
Große
Volksversammlung
in Neustadt.

Sonntag, den 14. Febr., Nachm. 5 Uhr,
Große
Volksversammlung
in Oldenburg
im Gastwirth Floyer (Gillewe).

Montag, den 15. Februar, Abends 8 Uhr,
Öffentl. Versammlung
in Seiligenhafen
im Lokal des Gastwirths Gerber.
Tagesordn.: Berichterstatter über die Thätig-
keit des Reichstages vom Reichstagsabgeord-
neten Reimer. [5,00]

Gimsbüttel. Mittwoch 10. Febr.,
Abends 8 1/2 Uhr,
im Lokal des Herrn. Frombeld,
Gimsbütteler Chaussee 32,
Geschlossene Mitglieder-Versammlung
des Allg. deutsch. Arbeiter-Vereins
Tagesordn.: Fortsetzung des Offenen Ant-
wortschreibens. Abrechnung.
Th. Wasserling. [1,80]

Ithoe. Donnerstag, 11. Februar,
Abends 8 1/2 Uhr,
im Lokal des Herrn. B. Eggert,
Versammlung
des Socialdemokrat. Ortsvereins.
Tagesordn.: Statutenberathung und Ber-
richtswahl.
Neue Mitglieder werden aufgenommen.
Kreuzberg. [1,80]
Wend und Verlag von E. Julius Hys-
M. Berlin in Berlin.
Verantwortlich für die Redaktion:
A. Käfer in Berlin.